

<b>TOP 5      Anfragen und Mitteilungen des Bürgermeisters</b>
--

- a) Der Stadtbürgermeister unterrichtete den Ausschuss über die erfolgte Vergabe des Planungsauftrages zur Untersuchung der Erschließbarkeit des Baugebietes Remperts-hahn, insbesondere bezüglich der notwendigen technischen Voraussetzungen für die Außengebietsentwässerung an ein ortsansässiges Planungsbüro. Die Verbandsgemeindewerke beteiligen sich zur Hälfte an diesen Kosten.
- b) Lt. Stadtbürgermeister wurde die Straßenplanung für die Erweiterung des Baugebietes Bornwiese in Sainscheid beauftragt. Ebenso wurde die Maßnahme bei den Verbandsgemeindewerken für den Wirtschaftsplan 2024 angemeldet.
- c) Der Stadtbürgermeister berichtete, dass die 2. Offenlage des Bebauungsplanes „Gänsegarten“ stattgefunden habe und der Bebauungsplan im nächsten Sitzungsblock beraten und eine Beschlussfassung erfolgen soll.
- d) Herr Jürgen Schütz erkundigte sich bezüglich der Regelung zur Verhinderung von Schottergärten in künftigen Bebauungsplänen. In vielen Bundesländern sei die Neuanlage von Schottergärten inzwischen aufgrund gesetzlicher Regelung verboten.
- e) Herr Jürgen Schütz erkundigte sich zum Sachstand bezüglich der Schaffung von E-Ladesäulen hinter dem Ratssaalgebäude. Der Stadtbürgermeister erklärte, dass sich der Plan der EVM die Leitungen unter der Jahnstraße und unter dem Schafbach zu verlegen sich schwieriger gestalteten als zunächst angenommen, weshalb derzeit andere Verlegungswege geprüft würden. Die Frist zum Abruf der Fördermittel wurde bis zum 31.12.2023 verlängert. Der Stadtbürgermeister zeigte sich zuversichtlich, dass die Maßnahme bis zu diesem Termin abgeschlossen werden könne.
- f) Frau Annette Schütz erkundigte sich zum Sachstand bezüglich der Ansiedlung von Drogeriemärkten. Hierzu führte der Stadtbürgermeister aus, dass er in ständigem Austausch sei und ausführlich im Stadtrat am 25.05.2023 dazu Stellung genommen habe. Zwischenzeitlich hätten weitere Gespräche stattgefunden.
- g) Herr Jürgen Schütz fragte nach dem aktuellen Sachstand zur Errichtung eines Medizinischen Versorgungszentrums in Westerburg. Lt. Stadtbürgermeister müssten die erforderlichen Gutachten derzeit durch die Projektbeteiligten beigebracht werden. Allgemein sei aus einem früheren Projekt bekannt, dass Baurecht auf der favorisierten Fläche gegeben sei.